

Hartz IV ist neu, aber kaum besser

Nicht nur die Regelsätze spotten dem realen Bedarf – ehrenamtliche Arbeit kann Engagierte künftig sogar teurer kommen. Die Hartz-IV-Reform ist in Kraft. Doch abgesehen davon, dass die Kommunen teilweise noch gar nicht auf die Bearbeitung der Ansprüche eingestellt sind, bleiben viele Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten offen.

Umgehend wird allerorten über das Glück der Leistungsempfänger berichtet, durch die Nachzahlung von je fünf Euro pro Monat seit Jahresbeginn unvermittelt über eine Summe von zusätzlich 20 Euro zu verfügen und Sonderleistungen aus dem Bildungspaket beantragen zu können. Doch die Regelsätze erfüllen nach Überzeugung vieler Verbände und Vereine sowie nach Meinung der Linkspartei nicht die Ansprüche, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Februar 2010 formuliert hat. Eine weitere Klage in Karlsruhe, um dies notfalls höchstrichterlich feststellen zu lassen, ist auf dem Weg – die Klägerin wird von der LINKEN in ihrem Bemühen unterstützt. Eine von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag angestrebte Normenkontrollklage scheiterte an der Verweigerung der Grünen, die zwar die Regelsätze als "verfassungsmäßig bedenklich" bezeichneten, aber einer Klägerin oder einem Kläger nicht den Gang durch die Gerichte ersparen wollten. Für so eine Klage werden die Unterschriften von 25 Prozent der Mitglieder des Bundestages gebraucht.

Außer an der Höhe des Regelsatzes macht die Linksfraktion im Bundestag ihre Kritik an Verschlechterungen fest, die sie gegenüber

dem bisher geltenden Recht feststellt. So sei eine Verschärfung der Sanktionen gegen die Betroffenen absehbar, denn im Gesetzespaket ist festgelegt, dass künftig auf eine so genannte schriftliche Rechtsfolgenbelehrung verzichtet wird. Diese hatte den Betroffenen die Gelegenheit zum Widerspruch eröffnet. Für die Verwaltung wird das Sanktionieren nun leichter. Weiterer Kritikpunkt ist die Ermächtigung der Kommunen zur willkürlichen Bestimmung, welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung angemessen sind und nicht überschritten werden dürfen. Sogar eine Pauschalierung der Leistungen für Unterkunft soll möglich sein.

Auch die Behauptung, dass Langzeitarbeitslose durch Hartz IV an gesellschaftlich nützliche Arbeit herangeführt werden sollen, entspricht nicht der Wahrheit. Denn ausgerechnet ehrenamtlich tätige Hartz-IV-Berechtigte, die ein Erwerbseinkommen haben, müssen ab dem 1. April finanzielle Kürzungen hinnehmen. Vorgesehen ist, Aufwandsentschädigungen etwa für Übungsleiter, aber auch für ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker auf neue Weise – und zum Nachteil der Betroffenen – anzurechnen. Ehrenamtliches Engagement wird auf diese Weise bestraft.



Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 4

April 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

DIE LINKE hat für den Einzug in die Landtage von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gekämpft und dieses Ziel trotz eines sehr engagierten Wahlkampfes leider nicht erreicht. Wir wurden nicht als ernsthaftes Moment für ein Politik- oder gar Regierungswechsel gesehen. Zudem hat das Thema Atomkraft bei dieser Wahl offensichtlich viele anderen Themen überlagert. Die Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeiten in Deutschland, für die DIE LINKE wie keine andere Partei steht, trat vorübergehend in den Hintergrund und wurde von uns nicht ausreichend genug in den Zusammenhang mit der ökologischen Krise gestellt. Die Themen „Arbeitslosigkeit“ und „soziale Gerechtigkeit“ stehen derzeit nicht auf den vorderen Plätzen der öffentlichen politischen Agenda. Und es ist der LINKEN nicht gelungen, den Wählerinnen und Wählern in hinreichendem Maße zu erklären, warum DIE LINKE im Landesparlament vertreten sein muss. Damit bleibt die Zahl der Landesparlamente, in denen DIE LINKE vertreten ist, bei 13 von 16.

DIE LINKE dankt all denjenigen, die der LINKEN ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben haben. Sie wird künftig in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die neuen rot-grünen beziehungsweise grün-roten Landesregierungen als einzige linke Opposition außerparlamentarisch begleiten und sehr genau darauf achten, ob diese ihre Wahlversprechen einhalten.

Viel Spaß beim Lesen!
Diana Golze

Spruch des Monats

Die Bildzeitung ist ein gefährliches politisches Instrument – nicht nur ein stark vergrößerndes Fernrohr in den Abgrund, sondern ein böses Wesen, das Deutschland nicht beschreibt, sondern macht. Mit einer Agenda. Wir sind Helden

TERMINE

25. April, 10-18 Uhr
Bundesweiter Aktionstag: Fukushima ist überall - Atomausstieg jetzt! An allen AKWs, End- und Zwischenlagern, auch Lubmin

26. April, Gedenktag
Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986

30. April, Tag der Erneuerbaren Energien

1. Mai, 10-15 Uhr
Tag der Arbeit, Brandenburg a.d. H., Bollmannbrunnen, Marienberg, Friedenswarte

4. Mai, 18-22 Uhr Kultur neu denken: Paradies Europa/Festung Europa Berlin, R.-Luxemburg-Platz, Kino Babylon, Filmvorführung & Diskussion mit Costa-Gavras und Dieter Kosslick

5. Mai, EU-Aktionstag EU-Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Kein Geschenk, sondern demokratisches Recht

Das Leben vieler junger Menschen ist belastet durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und wachsenden Leistungsdruck. Ihre Chancen sind abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Jugendliche sind deshalb nicht zwangsläufig politikverdrossen - sie haben nur keinen Bock auf die herrschende Art von Politik. Fakt ist: Die Politik ist jugendverdrossen – Politik hat wenig Angebote an die Jugendlichen. Die Regierung nimmt denjenigen Zukunftschancen, die sich am wenigsten wehren können. Und warum – weil sie nicht wählen dürfen! „Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden: indem sie schon ab 16 an Wahlen teilnehmen, ...“, das forderte DIE LINKE in ihrem Landtagswahlprogramm 2009. Ende März 2011 sind wir einen Schritt weiter. Im brandenburgischen Landtag gab es eine Anhörung zur Einführung des Wahlalters 16. Diese hat die Auffassung der LINKEN im Wesentlichen bestärkt: Jugendliche soll-

ten mit 16 Jahren nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Landesebene wahlberechtigt sein. Es ist richtig, den Jugendlichen die Chance zur politischen Beteiligung einzuräumen. Die Konsequenz muss sein, neben dem Kommunalwahlalter auch das Wahlalter bei Landtagswahlen und Volksabstimmungen auf 16 Jahre abzusenken.

Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass eine Absenkung des Wahlalters kein Geschenk der Politik wäre, sondern ein demokratisches Recht, das den Jugendlichen zusteht. Damit hat die Anhörung aus Sicht der LINKEN gezeigt, dass der Gesetzentwurf der FDP nicht weit genug geht. Die Koalitionspartner werden auf eine entsprechende Regelung drängen und bauen darauf, dass sich die anderen Parteien einer notwendigen Verfassungsänderung, die eine Zweidrittel-Mehrheit im Landtag erfordert, nicht verschließen werden.

Jugenddelegierte für UN Generalversammlung zu Gast

Im Oktober 2011 begleiten zwei Jugenddelegierte, Heidrun Fritze und Andreas Deutinger, die deutsche Delegation zur UNO-Generalversammlung nach New York. Während ihres Praktikums im Bundesfamilienministerium besuchten sie auch die kinder- und jugendpolitischen Sprecher/innen der im Bundestag vertretenen Fraktionen und eine Sitzung des Familienausschusses. Es liegt viel Arbeit vor den beiden Studenten. Neben Presseterminen, Einladungen von Jugendverbänden und UN-Gruppen und Treffen mit den Trägern und dem Jugenddelegierten-Team bemühen sie sich schon im Vorfeld der Generalversammlung um Vernetzung mit anderen europäischen Jugenddelegierten, damit sie sich später in New York gemeinsam für die Belange Jugendlicher stark machen können. So ist es nicht verwunderlich, dass neben den

zentralen Fragen der Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland wie Bildung, Globalisierung und ihre Folgen oder Umweltthemen, der Komplex Internationale Jugendarbeit ganz oben auf dem Programm der beiden steht.

In unserem Gespräch standen vor allem die Folgen von Kinder- und Jugendarmut und ihre Auswirkungen auf Bildungschancen, aber auch die Situation der Jugendarbeit in der Bundesrepublik aus Sicht der LINKEN im Mittelpunkt. Auch die Forderung nach mehr Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche wurde erörtert. Die beiden Jugenddelegierten werden im September und Oktober zur Generalversammlung reisen, wo sie an Ausschuss-Sitzungen, offiziellen und inoffiziellen Treffen, Veranstaltungen und Empfängen teilnehmen und dort der Jugend eine Stimme geben.

Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Der 1. Mai rückt näher und die Zeit für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns drängt immer stärker.

Lasst uns daher gemeinsam weiter Druck machen für den Mindestlohn und gleichzeitig für die diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen mobilisieren.

Noch vor dem 1. Mai gab es eine namentliche Abstimmung im Bundestag über den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes zum 1. Mai 2011 geben. Alle anderen Fraktionen außer der LINKEN haben ihn abgelehnt.

Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn, denn er

- sorgt für Existenzsichernde Löhne
- beendet die Ausweitung des Niedriglohnsektors
- stoppt die Subventionierung von Niedriglöhnen
- entlastet die Sozialkassen
- verringert die Kluft zwischen Arm und Reich
- verbessert die Löhne von Frauen
- fördert Integration und Chancengleichheit
- schafft Arbeitsplätze, in dem er die Binnennachfrage stärkt
- ermöglicht bessere Tarifabschlüsse oberhalb dieser gesetzlichen Lohnuntergrenze

Tatsächliche Arbeitslosigkeit

Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb rechnet sie die Arbeitslosenzahlen schön. Erwerbslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Erwerbslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Erwerbslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: "Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann." Wer anders rechnen wolle, könne ja "seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken." Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht.

Arbeitslosigkeit: Die wahren Zahlen! März 2011

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im März 2011 4.209.820

Offizielle Arbeitslosigkeit: 3.210.341
Nicht gezählte Arbeitslose: 999.479

Nicht gezählte Arbeitslose aufgeschlüsselt:

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II: circa 365.219
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III): 164
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 195.487
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit: 1.386
Berufliche Weiterbildung: 201.475
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (z. B. Bewerbungstraining): 181
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 182.582
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 20.570
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 1.443
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 30.972